

Bernhard Gill / Anna Wolff / Ines Weber / Ricarda Schomburgk

Spielarten des Kapitalismus, Spielarten der Nachhaltigkeit und die ökosoziale Dimension der Energiewende.

Soziale Nebenwirkungen von Energiesteuern im Bereich privater Haushalte

Zusammenfassung: Die These von den „Spielarten der Nachhaltigkeit“ baut auf der Theorie von den Spielarten des Kapitalismus auf: Dieselben Ideen, Institutionen und Akteurskoalitionen, die zu unterschiedlichen Formen von Kapitalismus und Wohlfahrtsstaat führen, sind auch für die Bearbeitung zentraler ökologischer Probleme maßgeblich. Diese These wird am Beispiel der Behandlung der deutschen Energiewende in den Debatten des Bundestages empirisch überprüft. Es wird sichtbar, dass bei der deutschen Energiewende zentrale Diskurse vor allem auf Marktnähe der Instrumente, auf Wirtschaftswachstum und auf Arbeitsplätze fokussieren. Hingegen wird die ökosoziale Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit bei den Investitionskosten in den Hintergrund gedrängt. Es zeigt sich zudem, dass die jeweiligen Regierungsparteien weitgehend unabhängig von ihrer programmatischen Ausrichtung zu sehr ähnlichen Rechtfertigungsmustern greifen und damit die Kontinuität des Reformvorhabens in der einmal gewählten Ausrichtung sichern.

Abstract: The thesis of the „varieties of sustainability“ is based on the theory of the varieties of capitalism: The same ideas, institutions and actor-coalitions, which lead to different forms of capitalism and welfare state, are also crucial for the treatment of key ecological problems. This thesis is studied on the example of the treatment of the German energy transition („Energiewende“) by the German Bundestag. It becomes apparent that in the German energy transition, central discourses primarily focus on the market proximity of the instruments, on economic growth and on employment opportunities. On the other hand, the eco-social question of distributive justice in respect of the investment costs is being pushed into the background. It is also shown that the parties, while in government, resort to very similar models of justification largely independent of their own programmatic orientation, and thus ensure the continuity of the reform project within the once selected direction.

Autor*innen:

Prof. Dr. Bernhard Gill ist Leiter der Arbeitsgruppe „Sozialstruktur und Umwelthanpassung“ am Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Umweltsoziologie, Science and Technology Studies, Wirtschaftssoziologie sowie Politische Ökonomie.

bernhard.gill@lmu.de

Anna Wolff war wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Ihre Arbeitsschwerpunkte lagen in der Umweltsoziologie und Soziologie sozialer Ungleichheit. Seit Juni 2018 ist sie Mitarbeiterin bei der Deutschen Umwelthilfe in Berlin. Dort beschäftigt sie sich weiterhin mit Themen aus dem Bereich Energie und Klimaschutz.

anna.wolff@soziologie.uni-muenchen.de

Ines Weber war wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München mit den Arbeitsschwerpunkten Umweltsoziologie und quantitative Methoden. Seit November 2017 ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Institut Wohnen und Umwelt beschäftigt und arbeitet zu Fragen der sozialwissenschaftlichen Energieforschung im Wohngebäudesektor sowie zur Wohnungspolitik.

i.weber@iwu.de

Ricarda Schomburgk hat an der Ludwig-Maximilians-Universität München Volkswirtschaftslehre und Soziologie studiert und war dort als studentische Hilfskraft tätig mit den Arbeitsschwerpunkten Energieverbrauch, Verhaltensökonomik, Umweltökonomik & Umweltpolitik. Derzeit studiert sie Sozialökonomik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU).

ricarda.schomburgk@fau.de

Soziologie und Nachhaltigkeit
Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung

Ausgabe 1/2019, 5. Jahrgang

ISSN 2364-1282



Creative Commons-Lizenz

Herausgeber: Benjamin Görgen, Matthias Grundmann, Dieter Hoffmeister, Björn Wendt

Redaktion: Niklas Haarbusch

Layout/ Satz: Frank Osterloh

Anschrift: WWU Münster, Institut für Soziologie
Scharnhorststraße 121, 48151 Münster
Telefon: (0251) 83-25303
E-Mail: sun.redaktion@wwu.de
Website: www.ifs.wwu.de/sun



Einleitung

Wie können Gesellschaften auf ökologische Herausforderungen reagieren und diese im Sinne der Nachhaltigkeit lösen? Moderne Gesellschaften sind institutionell komplex verfasst und müssen daher auch bei neuen Herausforderungen an diesen Institutionen zunächst festhalten, weil sie ihren Zusammenhalt und ihre Identität garantieren. Ausgehend von dieser Überlegung hat der britische Wohlfahrtsstaatsforscher Ian Gough jüngst ein Konzept der „Spielarten der Nachhaltigkeit“ vorgelegt, das an die Theorie von den Spielarten des Kapitalismus anknüpft (Gough 2017). Die zentrale These lautet: Dieselben Ideen, Institutionen und Akteurskoalitionen, die zu unterschiedlichen Formen von Kapitalismus und Wohlfahrtsstaat führen, sind auch für die Bearbeitung zentraler ökologischer Probleme maßgeblich. Staatlich stärker koordinierte Gesellschaften (wie zum Beispiel Deutschland) sind eher bereit, ökologische Krisen – wie etwa den Klimawandel – wahrzunehmen und entsprechende Vorsorgemaßnahmen einzuleiten als liberale Gesellschaften (wie zum Beispiel die USA). Die Wahl der einzusetzenden Instrumente folgt dabei eingespielten Routinen und Legitimationsmustern.

Diese These wollen wir im Folgenden theoretisch näher begründen und dann anhand der deutschen Energiewende empirisch untersuchen. Die deutschen Anstrengungen, den Energieverbrauch zu drosseln und den Ausbau regenerativer Energie zu fördern, sind ein international beachtetes Phänomen, das von Gough auch aufgegriffen und als beispielhaft herausgestellt wird. Hier ist zu fragen, welche Motivationen sichtbar werden und wie soziale Aspekte berücksichtigt werden, insbesondere im Hinblick auf die Verteilungswirkungen von zusätzlichen Kostenbelastungen. Vor dem Hintergrund dieser Fragestellung haben wir die Protokolle der Bundestagsdebatten ausgewertet, die sich im Zeitraum von 1998 bis 2017 mit zentralen Gesetzgebungspaketen zur Energiewende,

nämlich mit der Ökologischen Steuerreform und mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz, beschäftigen. Es wird sichtbar, dass bei der deutschen Energiewende zentrale Diskurse vor allem auf Marktnähe der Instrumente, auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze fokussieren, während darüber hinausgehende *ökosoziale* Fragen nach der Verteilungsgerechtigkeit bei den Investitionskosten in den Hintergrund gedrängt werden. Es zeigt sich zudem, dass die jeweiligen Regierungsparteien weitgehend unabhängig von ihrer programmatischen Ausrichtung zu sehr ähnlichen Rechtfertigungsmustern greifen und damit die Kontinuität des Reformvorhabens in der einmal gewählten Ausrichtung sichern.

Unsere Ausführungen gliedern sich wie folgt: Zunächst führen wir ein in die Theorie zu den Unterschieden des Wohlfahrtsstaates (Esping-Andersen 1990) und zu den Varieties of Capitalism (Hall/Soskice 2001), auf der die Überlegungen zu den Spielarten der Nachhaltigkeit aufbauen (Abschnitt 1), um anschließend unsere Datengrundlage und Methode kurz zu beschreiben (Abschnitt 2). In Abschnitt 3 werden dann entlang von vier Thesen die Ergebnisse unserer Untersuchung dargestellt und abschließend hinsichtlich der Ausgangsfrage zusammengefasst und diskutiert (Abschnitt 4).

1. Der Wohlfahrtsstaat und die ökologische Frage

Seit dem Bericht der Brundtland-Kommission „Our Common Future“ (World Commission on Environment and Development 1987) wird Nachhaltigkeit als Dreiecksverhältnis konzipiert: Wirtschaftliche Entwicklung, sozialer Zusammenhalt und der Erhalt ökologischer Tragfähigkeit sollen nicht mehr im Widerspruch stehen, sondern in Einklang gebracht werden (vgl. Abbildung 1). Prosperität sollte nicht mehr an engen Gegenwartszielen bemessen werden, sondern auch

für zukünftige Generationen möglich sein. Oder anders ausgedrückt: Der jeweilige Vorrat an ökonomischem Kapital, sozialem Kapital und natürlichem Kapital sollte nicht ausgezehrt, sondern eher vermehrt werden.¹ Damit wurde „Ökologie“ erstmals in den Kanon international konsentierter Entwicklungsziele aufgenommen.

eine beschränkte Nachfrage gegenüber. Da sich einzelne Unternehmen unter Konkurrenzdruck diesem Kreislauf nicht entziehen können, muss der Staat insbesondere in Krisenzeiten für die Stabilisierung der Nachfrage sorgen.² Nachdem das frühe 20. Jahrhundert von heftigen sozialen Spannungen und ökonomischen Krisen geschüt-

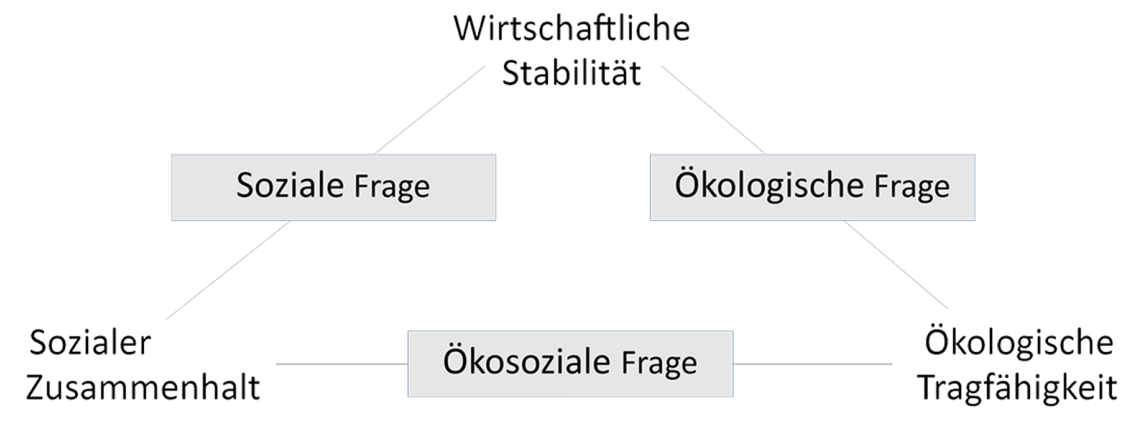


Abbildung 1: Die Trias der Nachhaltigkeitspostulate und der dadurch aufgeworfenen Widersprüche. Quelle: Eigene Darstellung.

Dagegen kannte die Nachkriegszeit bis in die 1970er Jahre nur zwei Entwicklungsziele, die es miteinander auszugleichen galt: Wirtschaftswachstum und soziale Gerechtigkeit. Der Widerspruch zwischen diesen beiden Zielen war seit dem 19. Jahrhundert von Sozialisten wie Konservativen als „soziale Frage“ thematisiert worden. Durch die Rezeption der Ideen von John Maynard Keynes und den New Deal war in den USA schon seit der Zwischenkriegszeit der Boden bereitet worden, die Kontinuität kapitalistischen Wachstums durch den Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen zu stützen. Denn durch permanente Kostenersparnis beziehungsweise Lohnbegrenzung ergibt sich das Problem, dass der Kapitalismus durch Überinvestition und entsprechende Überkapazitäten immer wieder in Krisen gerät: zu viel ökonomischem Kapital steht

telt war (Polanyi 1944), sorgte nach dem Zweiten Weltkrieg der Ausbau des Wohlfahrtsstaates für das „Wirtschaftswunder“ oder – wie Burkart Lutz (1989) es formulierte – den „kurzen Traum immerwährender Prosperität“. Diese Prosperität führte zugleich zu einer enormen Erhöhung des Umweltverbrauchs und in der Folge zur ökologischen Frage nach den „Grenzen des Wachstums“ (Meadows et al. 1972).

Der Wohlfahrtsstaat wurde aber nicht überall im (wirtschaftlich entwickelten) „Westen“ – oder anders ausgedrückt, im „Globalen Norden“ – mit einem identischen Institutionengerüst ausgestattet. Während in der Nachkriegszeit die Modernisierungstheorie noch die Homogenität der Institutionenentwicklung betont hatte

1 Wobei bis heute umstritten bleibt, inwieweit diese drei Kapitalarten untereinander substituierbar sind (vgl. Diskussion in Daly 1997).

2 So besehen kann man soziale und ökologische Krisen durchaus parallel betrachten (Schaper 2001; Polanyi 1944), mit dem Unterschied, dass im ersten Fall die Krise durch zu wenig, im zweiten Fall durch zu viel wirtschaftliche Nachfrage ausgelöst wird.

und gar eine Konvergenz von Kapitalismus und Kommunismus vorhersagte (Parsons 1964; Schumpeter 1942), wurden nach dem Untergang der Sowjetunion, das heißt seit den 1990er Jahren,

Typ, der vor allem die Familie und bestehende Verbände (wie auch die Religionsgemeinschaften) in ihrem sozialen Engagement stärken will und 3. dem sozialdemokratischen Typ, der in umfas-



Abbildung 2: Spielarten der Nachhaltigkeit auf Grundlage der Spielarten des Kapitalismus – das Konzept von Ian Gough, das seinerseits auf Schröder (2009) verweist. Quelle: Gough 2017:22.

Unterschiede in den Institutionalisierungsformen zwischen den kapitalistisch entwickelten Ländern stärker wahrgenommen beziehungsweise konzeptionell hervorgehoben. Aus der Korporatismusforschung entwickelte sich die Theorie der „Spielarten des Kapitalismus“ – Varieties of Capitalism – die vor allem auf den Unterschied zwischen einem stärker staatlich und sozialpartnerschaftlich koordinierten Institutionengefüge und einem eher liberalen und konkurrenzorientierten Wirtschaftssystem abhebt, wobei sie ersteres beispielhaft in Deutschland und Japan, letzteres in den USA verkörpert sieht (Hall/Soskice 2001). Etwa zeitgleich erfuhr auch die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung erhöhte Resonanz. Prominent unterscheidet hier Gosta Esping-Andersen (1990) zwischen drei Ausrichtungen: 1. dem liberalen Typ, der auf private Vorsorge setzt und sich lediglich residual auf Armenfürsorge konzentriert, 2. dem konservativen

senderer Weise soziale Infrastrukturen für alle Bürger*innen zur Verfügung stellt und damit auch in einem gewissen Rahmen für soziale Umverteilung sorgt. Da die Spielartentheorie und die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung zwar auf unterschiedliche Begründungen – Funktionalismus versus Konflikttheorie – und auf unterschiedliche organisationale Komplexe – Wirtschaftsunternehmen versus Sozialeinrichtungen – fokussieren, aber im Wesentlichen zu kompatiblen Einsichten und Einordnungen gelangen, kann man sie, wie in Abbildung 2 dargestellt, zusammenfassen (Schröder 2009). Dem marktliberalen Typus steht ein koordinierter Typus entgegen, der sich in zwei Untertypen, konservativ versus sozialdemokratisch, aufteilt, wobei Deutschland der konservativen Subspezies zuzurechnen ist.

Beide Theorien sind sich auch darin einig, dass Wahlergebnisse am Regimetyp oder Ent-

wicklungspfad wenig ändern. Ein radikaler Pfadwechsel wird von den Parteien meist erst gar nicht propagiert, im Regierungsamt kaum umgesetzt, oder durch die nächste Wahl korrigiert. Dafür werden vor allem zwei Gründe angeführt. Die Institutionen des Wohlfahrtsstaats sind komplementär ineinander verschränkt, so dass das gesamte systemische Gefüge umgebaut werden müsste – mit einer ganzen Kaskade von Nebenfolgen und einer breiten Front von Widerständen. Zudem profitiert im konservativen wie im sozialdemokratischen Modell die Mehrheit der Wähler*innen vom Wohlfahrtstaat und unterstützt ihn entsprechend. Im liberalen Modell dagegen profitieren nur die unteren Schichten, und entsprechend wehrt sich die Mittelschicht gegen seinen Ausbau. So war Barack Obama nicht der erste Präsident in den USA, der mit einer Gesundheitsreform weitgehend gescheitert ist (Marmor/Oberlander 2011).

Auf dieser Typologie setzt Ian Gough (2017) auf, um national unterschiedliche Reaktionen auf den Klimawandel zu erklären (vgl. Abbildung 2): Der liberale Typus neige dazu, auf Staatseingriffe zu verzichten und den Klimawandel zu verharmlosen, während der koordinierte Typus größere Bereitschaft zum Handeln zeige und „grünes Wachstum“ anstrebe. Ähnliche Überlegungen finden sich auch in anderen Werken (Dryzek et al. 2002; Gough et al. 2008; Schubert/Gill 2012; Koch/Fritz 2014; Opielka 2017).

Um die letztgenannte Idee besser zu verstehen, müssen wir eine historische Rückblende vornehmen. Die in den 1980er Jahren verstärkt aufkommende ökologische Nachhaltigkeitsdebatte richtete sich zunächst nur auf den allgemeinen Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie und suchte nur hier nach Kompromissen oder Auswegen. Umweltschutz wurde als Kostenbelastung wahrgenommen, der die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Industrieunternehmen und damit Wachstum und

Arbeitsplätze gefährden würde. Zudem wären nationale Anstrengungen bei global wirksamen Emissionen – wie etwa den Treibhausgasen – ohnehin wirkungslos, weil inländische Verbrauchsreduktionen bei Erdöl und Erdgas zu sinkenden Preisen am Weltmarkt führten und entsprechend durch steigenden Absatz im Ausland ausgeglichen würden (vgl. mit unterschiedlicher politischer Stoßrichtung Sinn 2008 und Massarrat 2000). Dieser als „statisch“ apostrophierten Modellkonstruktion wurde jedoch bald eine „dynamische“, das heißt auf Entwicklungsprozesse abhebende Sichtweise entgegen gestellt. Umweltauflagen und Umweltsteuern würden in der längeren Frist technologische Anstrengungen zur Verringerung der Umweltbelastung induzieren und so die anfänglichen Kostenbelastungen mehr als aufwiegen. Zudem würde auch im Ausland – aufgrund steigender Umweltbelastungen oder schwindender Ressourcen („Peak Oil“) – über kurz oder lang die Frage nach Lösungen laut werden; dann würde der eigene Technologievorsprung einen Konkurrenzvorteil im Standortwettbewerb eröffnen. Hier ergäbe sich in der ökologischen Frage, parallel zur Lösung der sozialen Frage, die Strategie eines grünen Keynesianismus: Durch staatliche gelenkte Investitionen würden die Nachfrage stabilisiert und Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen geschaffen. Durch „grünen Keynesianismus“ (Gendron 2014; Sapinski 2015) und „ökologische Modernisierung“ (Spaargaren 1997; Mol 2010; Hajer 1995) käme es zu einem „grünen Wachstum“. Wie in der Vergangenheit an der Frage nach der sozialen Verteilung, so soll der Kapitalismus jetzt an der ökologischen Frage nicht etwa scheitern, sondern gesunden. Hier sah Gough in seinem 2017 erschienenen Text Deutschland mit seiner „Energiewende“ noch als Vorreiter.

Damit ist aber die dritte Achse der Widersprüche im Nachhaltigkeitsdreieck (Abbildung 1), die *ökosoziale* Frage, noch gar nicht berührt. Anders als die soziale Frage, die sich um die Verteilung der

erwirtschafteten Güter dreht, ist die ökosoziale Frage auf die Verteilung der Beeinträchtigungen, Risiken und Präventionskosten fokussiert. Ulrich Beck hatte in seinem kurz nach Tschernobyl erschienenen und weithin rezipierten Buch „Risikogesellschaft“ die Bedeutung dieser Verteilungsfrage noch weitgehend abgewiesen: „Not ist hierarchisch, Smog ist demokratisch“ wurde hier dekretiert (Beck 1986: 48).

Dabei lässt sich die ökosoziale Frage aber sehr wohl in fünf soziologisch gehaltvolle Unterfragen auffächern (Lessenich 2016; Krämer 2007, 2008): 1) Wer profitiert von der Umweltverschmutzung, die Armen oder die Reichen (Personen, Gruppen, Länder)? 2) Wer wird, stofflich betrachtet, am stärksten beeinträchtigt? 3) Wer fühlt sich, subjektiv beziehungsweise am Lautstärkepegel medialer Thematisierung gemessen, am stärksten betroffen? 4) Wer kann investieren, um entweder Umweltverschmutzung selbst zu vermeiden oder ihre Folgen abzuwehren? 5) Wie werden die Investitionskosten aufgeteilt, die dem Umweltschutz zugutekommen sollen? Allenfalls im Hinblick auf Frage 3, d.h. auf die Thematisierung von „Smog“ und anderen Umweltgefahren, kann man von „demokratischer“ Gleichverteilung sprechen. Im Sinne der Postmaterialismus-Hypothese (Inglehart 1995) und des Katastrophen-Paradoxes (Prittitz 1990) ließe sich sogar von einer umgekehrten Hierarchie sprechen, jedenfalls im Hinblick auf mittelbare, außeralltägliche oder fernerliegende Beeinträchtigungen. Diese werden von den Reichen (Personen, Gruppen, Ländern) eventuell stärker thematisiert, jedenfalls solange sie nicht ihre Verursacherrolle eingestehen müssen. Die Aufmerksamkeit der Armen ist dagegen meist mit näherliegenden Sorgen materieller Not oder ganz unmittelbarer Umweltbeeinträchtigungen absorbiert. Zudem verfügen sie über einen viel schwächeren Zugang zur medialen Öffentlichkeit, um ihre Betroffenheit zu artikulieren. Im Spiegel der Massenmedien mag es dann so scheinen, als ob alle gleich betroffen wären, während die tat-

sächlich gemessene Umweltbelastung meistens ungleich zulasten der Armen verteilt ist (Becker 2006; Diekmann/Meyer 2010; Schmidt 2013).

Dieses Problem – die *ökosoziale* Frage nach der Verteilung von Umweltbelastung und Umweltkosten – ist von den Sozialwissenschaften in Deutschland bisher häufig gemieden oder in rein soziale oder rein ökologische Aspekte aufgespalten worden (Görge/Wendt 2015; zur stärkeren Thematisierung von „Environmental Justice“ in den USA vgl. Becker 2006). Dies zeigt sich zum Beispiel beim Thema Energiearmut: Die ökologisch eingestimmten Forscher*innen betonen die Notwendigkeit höherer Energiepreise, die sozial orientierten Beobachter*innen beklagen deren Folgen für ärmere Haushalte, ohne dass integrative Perspektiven entwickelt würden (Großmann et al. 2017). Wenn schon die Sozialwissenschaften zurückweichen, kann es nicht verwundern, dass auch im politischen Feld institutionelle Verdrängungen und Verengungen vorherrschend sind. „Realpolitisch“ ist also kaum eine umfassende Behandlung der ökosozialen Frage zu erwarten, denn auch die soziale und die ökologische Frage wurden in den institutionellen Kompromissbildungen der Vergangenheit höchst selektiv behandelt. Sie wurden aufgegriffen, soweit mögliche Antworten den jeweils herrschenden Diskurskoalitionen funktional nützlich erschienen, um das Wirtschaftswachstum und die Reproduktion kapitalistischer Herrschaft in ihrer jeweiligen Spielart zu sichern. Alle anderen Aspekte wurden institutionell ignoriert. Zeitgeschichtlich ist auch zu bedenken, dass der Keynesianismus als „Zaubertrick“ seit den wirtschaftlichen Krisen der 1970er Jahre an Nimbus und Wirkung verloren hatte und verstärkt von neoliberalen Rhetoriken begleitet war (Gough 2017). Wie weit die neoliberalen Krisenrhetoriken indes tatsächlich einen Rückbau oder gar die Zerstörung wohlfahrtsstaatlicher Institutionen zeitigen, ist bis heute nicht ganz ausgemacht. Umstritten ist vor allem, ob sich dieser Rückbau

in allen Spielarten des Kapitalismus tatsächlich in gleicher Weise vollzogen hat, oder ob Art und Form notwendiger Anpassungen an veränderte wirtschaftliche und politische Bedingungen nicht doch wieder den historisch angestammten Bahnen und Pfadabhängigkeiten folgen (Thelen 2012).

Ein „grüner Keynesianismus“, wie er nun vielfach propagiert wird, ist also durchaus anschlussfähig, hat aber mit der neoliberalen Skepsis gegenüber Staatsausgaben und Staatseingriffen zu kämpfen. Daher ist zu fragen, in welchen institutionellen Formen und Kompromissbildungen sich Antworten auf die ökologische Frage herausbilden und welche ökosozialen Verteilungsprobleme daran anknüpfen. Um unsere empirische, auf Deutschland fokussierte Untersuchung dieser Fragestellung zu strukturieren, haben wir vier Thesen formuliert, die als Gelenkstellen zwischen Theorie und Empirie dienen:

1) *Marktnahe Umsetzung*: Rein marktwirtschaftliche Antworten auf die ökologische Frage sind nur dort möglich, wo „ökologische Waren“ abgesetzt werden können, von denen sich die Verbraucher*innen einen direkten individuellen Vorteil versprechen, etwa indem „biologische Lebensmittel“ als gesundheitsförderlich angesehen werden. Immer dann, wenn der ökologische Effekt nicht im Konsum eines Marktgutes direkt wirksam wird, sondern bei der Produktion oder Entsorgung, oder wenn ökologische Effekte nicht direkt an gesundheitliche Effekte gekoppelt sind, wird Umweltschutz zum Allmende-Gut und erfordert daher kollektives Eingreifen (Olson 1965; Ostrom 1990). Letzteres ist bei der Energiewende zweifellos der Fall und insofern ist Ian Gough zuzustimmen, dass engagierte Politiken hier in koordinierten Ökonomien wie Deutschland wahrscheinlicher sind als in liberalen Ökonomien. Gleichwohl ist im Zuge neoliberaler Anpassungsstrategien (Gough 2017) auch in Deutschland damit zu rechnen, dass hier Umsetzungsformen

gewählt werden, die möglichst marktnah ausfallen, nach dem Motto: „Die Preise sollen die ökologische Wahrheit sprechen“. Die Einpreisung ökologischer Belastungen erfolgt nicht spontan durch den Markt selbst (das geht nur bei „ökologischen Waren“ im oben definierten Sinn), sondern muss vom Gesetzgeber herbeigeführt werden. Aber das Instrument der Einpreisung wird bevorzugt gegenüber anderen möglichen Staatseingriffen wie Verboten, Grenzwerten, steuerlich finanzierten Subventionen oder Ähnlichem.

2) *Schutz von korporativ besonders gut organisierten Interessen*: Von dieser Einpreisung wären nicht nur die Endverbraucher*innen, sondern auch die Industrie betroffen. Höhere Energiepreise können bei energieintensiven Industrien zu einem Wettbewerbsnachteil führen. In Deutschland gibt es die Tradition eines starken Korporativismus (Hilferding 1985; Abelshauer 2005). Starke Industrieverbände kooperieren mit starken Industriegewerkschaften zum Schutz von Brancheninteressen, setzen so den Markt außer Kraft und werden darin im Sinne des koordinierten Kapitalismus vom Staat unterstützt. Dies führt zu der Erwartung, dass vor allem diejenigen Industriebetriebe durch die Energiewende begünstigt werden, die auf Gewerkschaftsseite und auf Arbeitgeberseite gut organisiert sind. Begünstigung kann dabei in zweierlei Weise erfolgen: Entsprechende Betriebe werden von höheren Energiepreisen ausgenommen, und/oder entsprechende Branchen profitieren von Investitionen in Energieeffizienz oder regenerative Energien (das betrifft also vor allem die Metall- und Elektroindustrie).

3) *Schutz der Kernklientel des Wohlfahrtsstaates*: Es werden vor allem diejenigen Gruppen sozial geschützt, die schon bisher zur Kernklientel des konservativen Wohlfahrtsstaates zählen. Da der konservative Wohlfahrtsstaat vor allem auf den Erhalt der Familie und die Unterstützung der (männlichen) „Brotverdiener“ ausgerichtet ist,

sind in erster Linie deren Arbeitsplätze zu schützen. Die Verteilungsaspekte bei den Kostenbelastungen treten demgegenüber in den Hintergrund. Da man marktnahe Lösungen bevorzugt (These 1), werden die ökologischen Investitionskosten über Aufschläge auf die Energiepreise finanziert, und nicht über die Einkommenssteuer oder andere produktionsseitige Steuern aufgebracht. Die Belastung der Verbraucher*innen trifft insbesondere diejenigen Haushalte, die nicht oder anteilmäßig nur wenig erwerbstätig sind – also Rentner*innen, Studierende, Alleinerziehende, und Haushalte mit vielen Kindern. Da überdies Haushaltsenergie (und in ländlichen Gegenden Treibstoff) ähnlich wie Nahrung im Sinne der Theorie der Engelkurven (Chai/Moneta 2010) ein Gut des Grundbedarfs ist, entsteht hier eine regressiv Wirkung – ärmere Haushalte werden deutlich stärker belastet als wohlhabendere Haushalte.

4) *Stabilität des Reformprojekts trotz wechselnder Regierungsmehrheiten:* Reformprogramme können von der einen Regierung begonnen und von der anderen Regierung wieder ausgesetzt werden. Das war zum Beispiel in Deutschland beim rot-grün initiierten Atomausstieg der Fall, der von einer schwarz-gelben Mehrheit zunächst rückgängig gemacht wurde, bis dann der Reaktorunfall in Fukushima und der kurz darauf folgende „erdrutschartige“ Wahlsieg der Grünen in Baden-Württemberg einen Konsens für den Ausstieg herbeiführte. Größere institutionelle Umbauten, wie sie mit der Energiewende angestrebt werden, erfordern Kontinuität und

sind insofern nur erfolgreich, wenn sie von allen historisch für die Regierungsbildung infrage kommenden Parteien im Prinzip mitgetragen werden. Vom Atomausstieg abgesehen war und ist die Notwendigkeit einer Energiewende in Deutschland in der Bevölkerung wie in den Parteien bisher wenig strittig. Parteipolitische Profilierung kann dann immer noch in zwei verschiedenen Formen erfolgen – entweder in Form von Nachbesserungen entsprechend der im jeweiligen Parteiprogramm formulierten Ideologien und Interessen, oder als rein situatives und opportunistisches Aufgreifen von Kritik und Widerstand jeweils in der Oppositionsrolle, ohne dass damit ernsthafte und konsistente gesetzgeberische Bemühungen verbunden wären.

Diese vier Thesen sollen die Untersuchung im weiteren Verlauf strukturieren.

2. Material und Methode

Um den politischen Diskurs zur deutschen Energiewende näher zu untersuchen, haben wir die Protokolle der einschlägigen Bundestagsdebatten im Zeitraum von 1999-2014 ausgewertet. Insgesamt wurden sechs Protokolle zur ökologischen Steuerreform und vierzehn Protokolle zum Erneuerbare-Energien-Gesetz in die Analyse einbezogen, insbesondere jene Debatten, die sich auf die Beratung der Gesetzentwürfe beziehen (vgl. Tabelle 1).

Die Wahl fiel dabei auf die Debatten des Bundestagsparlaments, da diese öffentlich zugänglich

Wahlperiode	Regierung	Opposition	ausgewertete Protokolle
WP 14 (1998 - 2002)	SPD/Grüne	CDU/CSU, FDP, PDS	14/9; 14/24; 14/53; 14/69; 14/79; 14/91
WP 15 (2002 - 2005)	SPD/Grüne	CDU/CSU, FDP	15/8; 15/10; 15/49; 15/103
WP 16 (2005 - 2009)	CDU/CSU/SPD	Grüne, FDP, Linke	16/47; 16/54; 16/145; 16/167
WP 17 (2009 - 2013)	CDU/CSU/FDP	SPD, Grüne, Linke	17/114; 17/117; 17/166; 17/172
WP 18 (2013-2017)	CDU/CSU/SPD	Grüne, Linke	18/33; 18/44

Tabelle 1: Übersicht über die Wahlperioden, Regierungskoalitionen und die ausgewerteten Materialien

sind und sich an ein breites und unbekanntes Publikum wenden. Dies bedeutet auch, dass die Parteien und ihre Akteur*innen versuchen, eine Vielzahl von Interessen zu adressieren und Zustimmung zu generieren (Bleses et al. 1997). Es geht somit weniger darum, Entscheidungen zu treffen bzw. Entschlüsse zu fassen oder gegnerische Seiten zu überzeugen. Stattdessen soll die eigene Position der Öffentlichkeit durch Argumente dargelegt werden (Vowe/Dohle 2009). Es ist also anzunehmen, dass sich die zentralen Denkmuster und Rechtfertigungsfiguren der Energiewende auch in den Bundestagsdebatten widerspiegeln.

„Zumindest konstitutionell gilt im demokratischen Verfassungsstaat das Parlament als der klassische Ort, an dem die gebotene Öffentlichkeit der Politik ihren sichtbaren Ausdruck finden soll: das Parlament als zentrale politische Kommunikationsagentur, d.h. als Forum, auf dem die Interessen und Alternativen des politischen Gemeinwesens artikuliert und Politik schließlich verbindlich für alle entschieden wird“ (Sarcinelli 2009: 239).

Die Auswertung erfolgte mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2000, 2015). Entsprechend der Fragestellungen wurden Kategoriendefinitionen erstellt um festzulegen, welche Aspekte in den Protokollen berücksichtigt werden sollen: Wie wurde die Notwendigkeit der Einführung und Novellierung der beiden Gesetzespakete begründet? Welche Erfolge und Probleme wurden thematisiert – und welche nicht? Aus der Arbeit am Material wurden sodann induktive Kategorien gebildet. Nach der Codierung der ersten fünf Protokolle durch drei Mitarbeiter*innen wurden diese Kategorien überarbeitet und ggf. angepasst. Für die Kodierarbeit wurden ein Kodierschema und -leitfaden mit Ankerbeispielen erstellt (Mayring 2015: 63) und auf dieser Basis das restliche Material codiert. Hierbei wurde iterativ auch immer wieder auf die Literatur und auf theoretische Diskussionen Bezug genommen. Das Kategoriensystem wurde also im „Wechselverhältnis zwischen der Theorie (der Fragestellung) und dem konkreten Material entwickelt, durch

Konstruktions- und Zuordnungsregeln definiert und während der Analyse überarbeitet und rücküberprüft“ (Mayring 2015: 61).³

3. Bundestagsdebatten zur Energiewende

Insgesamt werden in der Öffentlichkeit drei zentrale ökologische Ziele genannt, die es mit der Energiewende zu erreichen gelte: Energieeinsparung, Reduzierung von CO₂-Emissionen sowie der Atomausstieg. Wesentliche wirtschaftliche und soziale Randbedingungen sollen dabei die Aufrechterhaltung von Versorgungssicherheit und die Schaffung von Arbeitsplätzen sein.

Diese Ziele können grundsätzlich mit verschiedenen Maßnahmen erreicht werden. In der umweltökonomischen und umweltpolitologischen Literatur (Hahn/Stavins 1992; Jaffe et al. 2002, 2005; Ackerman 2007) werden vier Kategorien von Instrumenten erörtert: 1) Öffentliche Produktion: Infrastruktur und Industrie können in staatlicher Regie betrieben werden (zum Beispiel kommunale Versorgungsbetriebe). 2) Verbote und Auflagen: Der Gesetzgeber könnte die Akteure zum Beispiel dazu zwingen, bei bestimmten Gütern und Dienstleistungen einen Höchstverbrauch an Energie oder Grenzwerte bei den Emissionen nicht zu überschreiten. 3) Subventionen aus Steuergeldern: Ausbau und Erzeugung von regenerativen Energien können bezuschusst werden (so wie zum Beispiel auch der Ausbau der Atomenergie). 4) Steuern oder handelbare Emissionsrechte können Verbrauch und Emissionen reduzieren. Im Folgenden wollen wir nun einen kurzen Überblick geben, wie zentrale Maßnahmen zur Energiewende in diesem Spektrum einzuordnen sind, bevor wir dann in

3 Die in den Ergebnissen verwendeten Zitate beziehen sich auf die ausgewerteten Bundestagsprotokolle, die mit Wahlperiode und Sitzungsnummer angegeben sind, also z.B. 17 (Wahlperiode) – 117 (Sitzung).

die Analyse der Bundestagsdebatte detailliert einsteigen.

Während bis in die 1990er Jahre als umweltpolitische Maßnahmen vor allem ordnungsrechtliche Instrumente gewählt wurden (u.a. Energieeinsparungsgesetz, Wohnungsmodernisierungsgesetz, Wärmeschutzverordnung, Heizungsanlagenverordnung, Heizkostenverordnung), hielten zeitgleich mit der zunehmenden Aufmerksamkeit für den Klimawandel und die Emission von Treibhausgasen vermehrt marktnahe Instrumente Einzug. 1999 wurde die ökologische Steuerreform (ÖSR) verabschiedet, und das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ersetzte das Stromeinspeisungsgesetz. Beide lassen sich als zentrale Reformprojekte bei der Transformation des Energiesystems in den letzten 20 Jahren beschreiben. Ziel der ökologischen Steuerreform war es, durch die Besteuerung bestimmter Energieträger (zunächst Strom, später auch Brennstoffe wie Heizöl, Benzin, Gas) Energieeinsparungen zu forcieren, dadurch die Verbreitung Erneuerbarer Energien zu erleichtern und die Entwicklung ressourcenfreundlicher Produktionsprozesse anzustoßen. Die aus der Ökosteuer gewonnen Einnahmen sollten zu großen Teilen zur Senkung der Sozialversicherungsbeiträge verwendet werden, denn die Steuer sollte für Steuerzahler „einkommensneutral“ gestaltet werden. Das produzierende Gewerbe hatte geringere Raten zu zahlen (erst 20%, später 60% in 2002, 75% in 2010). Zudem war für bestimmte Unternehmen eine Rückerstattung der gezahlten Steuern möglich, wenn ein spezifischer Schwellenwert überschritten war und nicht durch geringere Sozialabgaben ausgeglichen wurde (Bach 2009; Böhringer/Schwager 2002; Knigge/Görlach 2005).

Das EEG zielte, ähnlich wie die Ökologische Steuerreform, auf die Förderung der Erneuerbaren Energien. Netzbetreiber müssen Erneuerbare Energien primär vor fossilen Energieträgern

einspeisen und dafür eine Einspeisevergütung an die Produzenten zahlen. Diese Energie wird dann an der Strombörse verkauft. Die Differenz zwischen der gezahlten Einspeisevergütung und dem am Markt tatsächlich erzielten Preis stellt die sogenannte EEG-Umlage dar, die von den Verbraucher*innen gezahlt werden muss. Es handelt sich somit um eine konsumfinanzierte Abgabe zur Förderung regenerativer Energien. Für energieintensive Industrien wurde 2003 eine „Härtefallregelung“ eingeführt. Analog zur Ökosteuer ist für Haushalte auch die EEG-Umlage seit ihrer Einführung im Jahr 2000 stark angestiegen (Neuhoff et al. 2013; BMWi 2017; BDEW 2017; Fürsch et al. 2012). Inflationsbereinigt ist der Strompreis für Haushalte von 1998 bis 2017 um 93 Prozent angestiegen (BWi 2018: Tab. 26). Dieser Anstieg ist ausschließlich auf die politisch induzierten Abgaben zurückzuführen, während die Kosten für Produktion und Netz inflationsbereinigt stabil geblieben sind (BDEW 2018: 6). Im Folgenden wollen wir nun untersuchen, wie diese Entwicklung im Deutschen Bundestag begründet wurde. Wir beziehen uns dabei auf die in Abschnitt 1 theoretisch hergeleiteten Thesen.

These 1: Marktnahe Umsetzung

Als zentrales Argument für die ökologische Steuerreform wird von der damaligen Regierung von SPD und Grünen angeführt, dass aufgrund der Liberalisierung des Europäischen Strommarktes die Preise für Energie zu niedrig seien (wie auch die Weltmarktpreise für Öl). Ziel der ÖSR ist es also, eine Lenkungswirkung zu entfalten, d.h. durch Erhöhung der Kosten für das Gut Energie monetäre Anreize zum Einsparen zu setzen:

„Die Dumpingpreise in der Energiewirtschaft führen aber auch dazu, daß international vereinbarte Ziele des Klimaschutzes nicht oder nur sehr schwer erreichbar sein werden, weil schlicht und einfach der ökonomische Anreiz fehlt. Aus den genannten Gründen ist der Eingriff in die Preissysteme der Energieversorgung politisch zwingend geboten, sowohl durch die ökologische Steuerreform als auch

durch andere Maßnahmen, die den Stromstandort Deutschland entwickeln helfen und zugleich dem Klimaschutz dienen.“ (R. Schultz, SPD, 14-69).

Bemerkenswerterweise widerspricht diesem Tenor der marktnahen Ökologisierung nicht einmal die PDS (heute DIE LINKE):

„Selbstverständlich steht auch im PDS-Wahlprogramm sowie in unserem Parteiprogramm etwas von ökologischem Umbau. Ich akzeptiere auch die Notwendigkeit einer ökologischen Steuerreform. Dabei gehe ich so weit, zu sagen: Nachhaltigkeit erfordert auch, daß Preise die ökologische Wahrheit sprechen müssen.“ (G. Gysi, PDS, 14-24).

Auch beim EEG, das vor allem auf die Reduzierung von CO₂-Emissionen durch die Förderung regenerativer Energien abzielt, wird an einer möglichst marktnahen Strategie festgehalten. Der Ausbau soll zwar über Subventionen erfolgen, diese sollen aber nicht von den Steuerzahler*innen, sondern am Markt von den Verbraucher*innen aufgebracht werden:

„Wir wollen die Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien wieder mit festen Vergütungssätzen fördern, um dem absehbaren Trend entgegenzuwirken, daß die derzeit prozentualen Vergütungssätze durch sinkende Strompreise verfallen und damit viele Anlagen unrentabel werden.

[...] Wenn sich der Markt als blind für die ökologischen Belange, für die Versorgungssicherheit oder für die Arbeitsplatzinteressen erweist, dann müssen die Rahmenbedingungen des Wettbewerbs so gestaltet werden, daß auch die Ziele, die wir in diesen Bereichen verfolgen, so rationell und innovativ wie möglich erreicht werden können“ (V. Jung, SPD, 14-79).

Es sollen also, von den marktlichen Anreizen her betrachtet, „zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen“ werden: Energie wird verteuert (Sparanreiz) und mit den Mehreinnahmen wird der Ausbau regenerativer Energien gefördert (Investitionsanreiz). Insoweit werden durch das EEG die Intentionen der ÖSR noch einmal verstärkt. Für beide Gesetzespakete lässt sich feststellen, dass die Notwendigkeit ihrer Einführung mit einer Form von „Marktversagen“ begründet wird.

Entweder sind die Preise für Energie zu niedrig, so dass sie verteuert werden muss, um den Konsum zu reduzieren. Oder die Erneuerbaren Energien sind am Markt noch nicht konkurrenzfähig und müssen daher zusätzlich gefördert werden, um sich am Markt etablieren zu können. In jedem Fall ist aber „der Markt“ Fokus und Maxime der Argumentation: Der Staat muss dem Markt zur ökologischen Wahrheit verhelfen und kann dann den Rest der „unsichtbaren Hand“ (Adam Smith) überlassen.

These 2: Schutz von korporativ besonders gut organisierten Interessen

In der anvisierten Lösung der ökologischen Frage steht also die neoliberale Rhetorik im Vordergrund. Aber wird damit der Wohlfahrtsstaat und dessen institutionelle Antwort auf die soziale Frage aufgegeben? Die Ausformung des deutschen Wohlfahrtsstaates war, wie oben schon angedeutet, an (vorwiegend männlichen) Facharbeitern und deren gewerkschaftlicher Interessenvertretung ausgerichtet (Esping-Andersen 1990; Thelen 2004). Die Einführung der ökologischen Steuerreform als auch des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hat nun, wie oben ausgeführt, die Erhöhung der Energiepreise zum Ziel und zur Folge. Jedoch wurden verringerte Steuersätze bzw. Abgaben für energieintensive Industrien festgelegt, um diese vor ausländischer Konkurrenz zu schützen und die entsprechenden Arbeitsplätze zu sichern:

„Darüber hinaus haben wir der produzierenden Wirtschaft auf Grund der Wettbewerbsstrukturen deutlich weniger Erhöhungen zugemutet als den Normalverbrauchern. Auch das sollte man berücksichtigen. Wir belasten sie mit lediglich 25 Prozent der vorgesehenen Erhöhungen und haben die energieintensiven Branchen ausgenommen. Das war stets gewünscht und mit den Wirtschaftsverbänden und den Gewerkschaften auch so vereinbart. Wir halten uns daran und legen jetzt eine entsprechende Strukturreform vor“ (O. Lafontaine, SPD, 14-9).

„Meine Damen und Herren, unsere Wirtschaft und vor allem die energieintensive Industrie sind in besonderer Weise darauf angewiesen, Strom zuverlässig und zu wettbewerbsfähigen Preisen beziehen zu können. Die rund 1 Million Beschäftigten in der energieintensiven Industrie leisten einen zentralen Beitrag für die Wertschöpfung in unserem Land“ (A. Merkel, CDU, 17-114).

Würden energieintensive Betriebe voll belastet, so die Argumentation der Regierungsseite, hätte dies eine Gefährdung von Arbeitsplätzen zur Folge, Kritik an der Entlastung wird mit dem Verweis auf die „Vernichtung von Arbeitsplätzen“ entgegnet:

„Entschuldigung, aber die größten Energieverbraucher sind eben nicht die Millionäre mit ihren Schwimmbecken. Das mag zwar nach Ihrer Vorstellung [gerichtet an Gregor Gysi, Die Linke, Anm. d. Verf.] so sein. Aber die größten Energieverbraucher sind Unternehmen: zum einen die Deutsche Bahn, mit der wir alle gerne fahren, und zum anderen die sogenannte energieintensive Industrie. Nur weil der deutsche Arbeiter mit Ihrer Partei keine Solidarität mehr hat, müssen Sie ihn jetzt nicht verraten. Wenn Sie die energieintensive Industrie in diesem Land ihrer Basis berauben – das scheinen Sie ja zu wollen, weil Sie sagen, dass sie mehr zahlen sollen als der normale Einzelverbraucher –, dann vernichten Sie Arbeitsplätze“ (R. Kruse, CDU/CSU, 17-114).

Andererseits findet sich auch das Narrativ der „ökologischen Modernisierung“, in welcher der positive Effekt der Förderung der Erneuerbaren Energien auf die wirtschaftliche Entwicklung betont wird. Die Umstellung wird als Chance für das „Exportland“ Deutschland und seine Wirtschaftszweige gesehen, hier international eine Vorreiterstellung einzunehmen bzw. beizubehalten. Entstehende Innovationen führen zu neuen Wirtschaftszweigen, und diese wiederum tragen zum Erhalt bzw. zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Positionen gegen den „technologischen Fortschritt“ werden als „provinziell“ deklariert:

„Dabei wird nämlich übersehen, welcher unglaubliche wirtschaftliche Nutzen neben dem ökologischen Nutzen damit verbunden ist. Mit dem massenhaften Einsatz neuer Energieumwandlungsanlagen in großer Zahl, die auf erneuerbare

Energien zurückgreifen, also mit einer neuen industriellen Struktur wird die Natur saniert, anstatt sie weiter zu beschädigen. Gleichzeitig werden auf diese Weise industrielle Arbeitsplätze geschaffen. [...] Das ist die große Chance erneuerbarer Energien. Es ist eine große Chance für die Motorenindustrie, den Anlagenbau, die Glasindustrie, den chemischen Apparatebau, das heißt eine Chance für viele Industriezweige, die auf diesem Wege einen großen Erneuerungsschub erreichen können und sich mit zum Vorreiter einer industriellen ökologischen Erneuerung machen können. Das ist eines der großen Ziele, die mit diesem Gesetz verbunden sind. [...] Wir stehen in der Verantwortung für dieses Problem und dürfen uns dieser Verantwortung nicht mit einer provinziellen Betrachtungsweise entziehen. Wir müssen neben den allgemeinen Aspekten bedenken, dass wir ein Exportland sind“ (Dr. H. Scheer, SPD, 14-91).

Die ökosoziale Frage wird dabei vollständig auf die Gefährdung bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen fokussiert. Wie das folgende Zitat zeigt, wird vor allem auf Facharbeitskräfte Bezug genommen:

„Wir exportieren Produkte aus dem Bereich erneuerbare Energien inzwischen weltweit; es gibt eine ungeheure Nachfrage. Das führende Land auf diesem technologischen Gebiet ist Deutschland geworden, das eine Hightechstrategie verfolgt hat. Ingenieurwissen, Forschung, Wissenschaft führen zu Arbeitsplätzen. Damit verbunden sind echte Chancen auch für diejenigen, die sonst keine Arbeit mehr finden. Ich denke an Menschen, die klassische Facharbeiterberufe ausüben. Es sind richtig zukunftsfeste Jobs entstanden. Es gibt also eine Win-win-Situation: Umwelt- und Klimaschutz auf der einen Seite und Arbeitsplätze auf der anderen Seite“ (S. Gabriel, SPD, 16-54).

These 3: Schutz der Kernklientel des Wohlfahrtsstaates

Mit der Einführung der ÖSR wurde durch die Steuereinnahmen eine Reduktion der Lohnnebenkosten angestrebt. Dadurch sollte sie sich im Prinzip für die Haushalte, soweit sie zugleich erwerbstätig sind, kostenneutral gestalten. Vermehrte Hinweise darauf, dass diese Gleichzei-

tigkeit nicht für alle Haushalte zutrifft, wurden am Rande wahrgenommen:

„Es ist völlig richtig, daß man dann, wenn man auf der einen Seite die Energiesteuern anhebt und auf der anderen Seite die Rentenversicherungsbeiträge senkt, nur diejenigen entlastet, die Beiträge zur Rentenversicherung zahlen. Es gibt einen gewissen Teil in der Gesellschaft, der keine Beiträge zahlt. Das sind die Sozialhilfeempfänger, die Studenten, die Rentner und andere Gruppen. Bei den Rentnerinnen und Rentnern ist das kein Problem. Es wird dadurch geklärt, daß die Entwicklung der Renten auf die Nettolöhne bezogen ist: Wenn die Nettolöhne steigen, dann steigen auch die Renten. Für die Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger und für die Studenten müssen wir uns etwas im Rahmen der zweiten und dritten Stufe der ökologischen Steuerreform überlegen“ (Dr. R. Loske, B90/Die Grünen, 14-24).

Geht es um die Kostenbelastung durch den Verbrauch, wird von den jeweiligen Regierungsparteien zunächst für die ÖSR wie auch später beim EEG „vorgerechnet“, dass diese nur eine sehr geringe Mehrbelastung für die Haushalte darstelle, und zwar unabhängig davon, wie stark sie über die Zeit ansteigt. Häufig wird dieses Narrativ durch den Hinweis unterstützt, dass es sich um einen kleinen Betrag handelt, der eine Investition in die Zukunft der Kinder und Enkelkinder darstelle:

„Aber wir müssen natürlich sehen, dass es sich auch bei den erneuerbaren Energien um eine neue Technologie handelt, die wir in den Markt einführen mussten. Es wird gelegentlich darüber diskutiert, wie viel das kostet: Es macht etwa 3 Prozent des Strompreises aus; die Netznutzungsentgelte, von denen die Regulierungsbehörde gerade festgestellt hat, dass sie überhöht sind, machen 30 bis 40 Prozent des Strompreises aus. Wir reden also über einen relativ kleinen Betrag: Erneuerbare Energien kosten einen Drei-Personen-Haushalt pro Monat 1,60 Euro. Man kann sagen: Das ist immer noch zu viel. Ich sage: Für die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder ist das wirklich ein niedriger Preis“ (S. Gabriel, SPD, 16-54).

Dieser Verweis auf die Investition in die Zukunft kommt in den Narrativen zur Kostenbelastung

der Wirtschaft nicht vor. Während es dort um den Industriestandort und seine Arbeitsplätze geht, liegt die Verantwortung für die Investition in die Zukunft bei den Haushalten. Weiterhin wird häufig proklamiert, dass die Verbraucher*innen eine Wahlmöglichkeit hätten, nämlich durch sparsameres Verhalten die Kostenmehrbelastung zu vermeiden:

„Für die Beantwortung der Frage nach der Belastung durch die Ökosteuer gibt es [...] keine statistische Grundlage, weil die Belastung vom subjektiven Verhalten des einzelnen abhängt. Wir geben den Menschen die Mündigkeit zurück, indem sie selbst entscheiden können, in welcher Höhe die Steuer sie trifft. [...] – Lachen Sie nicht! Ich kann Ihnen an einem ganz einfachen Beispiel vorführen, wie Sie Ihre Stromrechnung unabhängig von der Liberalisierung auf diesem Markt um 10 Prozent reduzieren können: Vermeiden Sie Stand-by-Schaltung Ihrer Elektrogeräte, dadurch können Sie 11 Prozent des Stromverbrauchs einsparen. Sie können mir nicht erzählen, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß solch einfache Maßnahmen Arbeitslosen und anderen verwehrt sind“ (J. Trittin, B90/Die Grünen, 14-53).

Die Kosten könnten zudem durch Investitionen in die Energieeffizienz und in die Versorgung des eigenen Haushalts mit regenerativen Energien – auch mit Unterstützung durch entsprechende Förderprogramme der Bundesregierung – vermieden werden:

„Lesen Sie das Gesetz wirklich einmal durch. Dazu haben Sie nichts gesagt. Damit ist insgesamt der Anreiz, in Einsparmaßnahmen und effiziente Kraftwärmekopplungsanlagen zu investieren, deutlich erhöht. Wir fördern die Einsparmaßnahmen darüber hinaus mit zusätzlichen 150 Millionen Euro jährlich für ein energetisches Gebäudesanierungsprogramm. Damit können die Leute die Ökosteuer wegsparen“ (M. Wolf, B90/Die Grünen 15-8).

„Wir haben jetzt einen Gesetzentwurf vorgelegt, der dazu führt, dass in fünf, sechs Jahren Strom aus einer Fotovoltaikanlage billiger ist als der Strom aus der Steckdose. Ab diesem Tag ist die Fotovoltaik die Stromproduktion des kleinen Mannes. Wenn man sich eine solche Anlage auf das Dach setzt, dann macht man sich unabhängig von den Stromrechnungen“ (U. Kelber, SPD, 16-167).

Nicht thematisiert wird dabei jedoch der implizite Mittelschichtsbias dieser Argumente: Investitionen in Energieeffizienz erfordern entsprechende finanzielle Mittel. Es stellt sich mithin die Frage, wer überhaupt investieren kann. Forschungen zur Energiearmut zeigen, dass für einkommensschwache Haushalte bereits Investitionen in energieeffizientere Haushaltsgeräte außerhalb der finanziellen Möglichkeiten liegen (Boardman 1991; Schaffrin 2012; Heindl/Löschel 2015), ganz zu schweigen von Investitionen in die Energieeffizienz des Gebäudes (das viele als Mieter gar nicht besitzen).

These 4: Stabilität des Reformprojekts trotz wechselnder Regierungsmehrheiten

Wie bereits beschrieben sind sich sowohl die Spielartentheorie als auch die vergleichende Wohlfahrtstheorie darin einig, dass Wahlergebnisse und Regierungswechsel wenig am jeweiligen Regimetyp bzw. dem Entwicklungspfad ändern. Dies zeigt sich auch bei der Umsetzung der Energiewende durch ÖSR und EEG. Besonders deutlich wird dies im Hinblick auf die Argumentationsmuster der Parteien bezüglich der Kostenbelastung der Verbraucher*innen: Parteien, die in der Opposition wie oben aufgeführt durchaus kritisch gegenüber der Kostenbelastung für Verbraucher*innen und/oder den Steuererleichterungen für die Industrie eingestellt waren, ändern auf der Regierungsbank ihre Argumentationsmuster.

Wenn man die Abstimmungsergebnisse zu den jeweiligen Gesetzen und Novellierungen genauer betrachtet, zeigt sich, dass die Parteien der Opposition fast ausnahmslos die jeweiligen Entwürfe ablehnen. Zugleich wird jedoch sichtbar, dass sie keine komplette Abschaffung der Gesetze initiieren, wenn sie selbst in den folgenden Legislaturperioden an die Regierung kommen. Parteipolitische Profilierungen erfolgen dann vielmehr über entsprechende Nachbesserungen

an den Gesetzespaketen. Dies wird im Folgenden am Beispiel der Novellierungen des EEG in den Wahlperioden 16, 17 und 18 kurz dargestellt.

Wahlperiode 16: EEG 2009: In der Regierungskoalition von CDU/CSU und SPD wird im EEG 2009 die gleitende Degression für Photovoltaikanlagen eingeführt. Vorgegangen bzw. begleitet wurde diese Entscheidung von Diskussionen über Kosten und Ertrag von PV-Anlagen. Diese Novellierung lässt sich als eine stärkere Ausrichtung der Ziele und Maßnahmen des EEG an Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit interpretieren und ist dem Einfluss der CDU/CSU zuzurechnen.

Wahlperiode 17: EEG 2012 und PV-Novelle: Unter der Regierung von CDU/CSU und FDP kommt es zu einer deutlichen Änderung des EEG. Mit dem Ziel der Direktvermarktung wird das sogenannte „Marktprämienmodell“ eingeführt. Durch dieses Modell sollen Anreize für Betreiber von EEG-Anlagen geschaffen werden, ihren Strom insbesondere in Zeiten großer Nachfrage zur Verfügung zu stellen. Insoweit wird die Marktnähe des EEG wiederum verstärkt. Weiterhin waren mit der EEG-Novelle 2012 nun auch Unternehmen des produzierenden Gewerbes mit einem Stromverbrauch schon ab 1 gWh/a antragsberechtigt, zuvor lag der Mindeststromverbrauch bei 10 gWh/a. Es sollten auch kleinere Unternehmen von dieser Ausnahme profitieren.

Wahlperiode 18: EEG 2014: Im EEG wurden auf Betreiben der CDU erstmals Ausbaukorridore für die Erneuerbaren Energien festgelegt und mit dem Argument der zunehmenden „Marktreife“ die Einspeisevergütungen gesenkt.

Neben zielorientierter Nachbesserung im Sinne der programmatischen Ausrichtung der Parteien findet sich in den Bundestagsdebatten auch oft das *situative Aufgreifen jeweiliger Konflikte und Kritiken in Ausübung der Oppositionsrolle*. Aus dieser Kritik werden dann aber beim Wechsel in die Regierung keine weiteren Konsequenzen

gezogen. Dies soll in den folgenden drei Beispielen zur Kostenbelastung durch das EEG dargestellt werden.

Während die Fraktion CDU/CSU in Wahlperiode (WP) 14 und 15 als deutliche Kritikerin der Kostenbelastungen für Verbraucher*innen aufgetreten ist, werden diese mit Wechsel in die Regierung in WP 16 verteidigt, indem auf die geringen bzw. vertretbaren Belastungen verwiesen wird:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben diesem Fortschritt für energieintensive Unternehmen sagen wir den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes auf der anderen Seite ganz klar – Herr Kauch, Sie haben es angesprochen –, dass sich die Kosten für die übrigen Stromverbraucher, die nicht unter die besondere Ausgleichsregelung fallen, erhöhen werden, wenn auch nur geringfügig. Bei Abwägung aller Vor- und Nachteile sind wir allerdings zu der Überzeugung gelangt, dass diese Belastung von 0,02 bis 0,03 Cent pro Kilowattstunde – das hat der Minister eben auch gesagt – sehr moderat ausfällt und deshalb vertretbar ist. Ich darf Ihnen das an einem Beispiel vorrechnen: Für einen Durchschnittshaushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 Kilowattstunden ergibt das eine Mehrbelastung von lediglich etwa 1 Euro pro Jahr“ (Dr. M. Flachsbarth, CDU/CSU, 16-54).

Weiterhin ist anzumerken, dass in WP 17 unter CDU/CSU und FDP die Höhe der EEG-Umlage nochmals deutlich angestiegen ist (vgl. Abbildung 3). Die Grünen, die in WP 14 und 15 in der Regierung noch auf das Narrativ der vertretbaren Belastungen zurückgegriffen hatten, kritisieren in WP 16 in der Oppositionsrolle eine Änderung des EEG, die zur Mehrbelastung von Verbraucher*innen und kleineren Gewerbetreibenden führt:

„Man muss versuchen, wirklich voranzukommen. Was jetzt geschieht, beschränkt sich nämlich auf die Unterstützung der Großen. Den Kleinen und dem Mittelstand wäre es zugutegekommen, wenn Sie die Steuerbefreiung beibehalten hätten. Aber nein: Mit Ihrem Ansatz – auch mit der Pflichtbeimischung – fördern Sie nur die Großen, aber nicht die Kleinen. Das ist falsch. Für die Großen haben Sie ein großes Herz.“ (B. Höhn, B90/Die Grünen, 16-47).

Die SPD bleibt hingegen vergleichsweise konsistent in ihrer Unterstützung von ÖSR und EEG. Sie moniert allerdings die „Unruhe“ und geringe Planbarkeit durch die Richtungswechsel in der Energiepolitik (Atomausstieg nach Fukushima):

„Aber klar ist auch: Die Art und Weise, wie Sie es machen, ist mit erheblichen Risiken verbunden. Deutschland ist die größte Volkswirtschaft Europas und eine der größten der Welt. Im Kern unseres Landes ist die Industrieproduktion Grundlage unseres Wohlstandes. Die Energieversorgung ist das Herz-Kreislauf-System der deutschen Volkswirtschaft. Sie, Frau Merkel, operieren alle sechs Monate am offenen Herzen, und zwar mit wechselnden Diagnosen. Das muss jetzt ein Ende haben. Wissen Sie, warum wir heute zustimmen? Nicht weil wir nicht glaubten, es ginge auch schneller, sondern weil wir glauben, dass endlich wieder Planbarkeit und Berechenbarkeit in die Energiepolitik zurückkommen müssen, damit Deutschland auch Industriestandort bleiben kann und nicht ständig durch Sie, durch Ihr Hin und Her, verunsichert wird“ (S. Gabriel, SPD, 17-117).

Lediglich für die PDS bzw. später Die Linke ist eine durchgehend sozialkritische Position zu verzeichnen, wobei anzumerken ist, dass die Partei stets in der Opposition war. Sie weist kontinuierlich auf die Probleme besonders einkommensschwacher Bevölkerungen hin, sei dies im Falle der sinkenden Lohnnebenkosten beim ÖSR, oder im Falle der Kosten, die durch das EEG entstehen:

„Nun sage ich Ihnen etwas zur Entlastung. Wir haben das einmal ausgerechnet bzw. durch ein Institut ausrechnen lassen. Eine fünfköpfige Familie mit Pkw und einem Einkommen von 4.000 DM im Monat muß durch Ihre steuerlichen Veränderungen 540 DM im Jahr mehr zahlen. Erst ab einem wesentlich höheren Einkommen wirkt sich die Senkung der Beiträge zur Rentenversicherung so aus, daß die Menschen entlastet werden. Die Familien mit niedrigem Einkommen werden hier zur Kasse gebeten. Das ist zutiefst unsozial (G. Gysi, PDS, 14-69).

Zudem bringt die Partei Die Linke differenzierte Vorschläge ein, wie sich die Kostenbelastungen für besonders vulnerable Verbraucher*innen abfedern lassen, ohne die Umsetzung der Ener-

giewende durch das EEG grundlegend in Frage zu stellen:

„Dann brauchen wir einen Energiesparfonds. Ich will Ihnen das auch erklären: In den ärmeren Haushalten und bei den kleinen Unternehmen mit geringen Umsätzen sind lauter technische Geräte im Einsatz, die einen hohen Stromverbrauch haben. Die können es sich nicht leisten, neue Technik zu erwerben. Deshalb haben wir die Schaffung eines Fonds vorgeschlagen, der jährlich mit 2,5 Milliarden Euro zu bestücken ist. Damit muss geholfen werden, dass neue Technik erworben wird; denn wir alle brauchen die Energieeinsparung. Deshalb müssen wir hier politisch handeln und aktiv werden“ (G. Gysi, Die Linke, 17-117).

Festzuhalten ist, dass die Oppositionsparteien in ihrer Argumentation auch auf den medialen Diskurs verweisen (und vice versa). Am Beispiel von vier exemplarischen Titelbildern der Zeitschrift „Der Spiegel“ kann man dabei einen Stimmungsumschwung ausmachen: Während in den 1990ern noch große Hoffnungen mit erneuerbaren Energien verbunden waren („Atomzeitalter geht zu Ende“ Heft 09/1995) und im Jahr 2007 noch Energiesparen als eigenes „Mega Kraftwerk Zuhause“ (Heft 07/2007) bezeichnet wird, deutet sich zeitgleich zum Wirksamwerden der Reformen dann ein Umschwung in der Stimmungslage an. 2010 wird bereits auf die Preissteigerung durch erneuerbare Energien verwiesen: „Der teure Traum“ (Heft 38/2010). Und 2013, als das Thema Energiearmut vermehrt diskutiert wird, ist vom „Luxus Strom“ (Heft 36/2013) die Rede. Dieser Stimmungsumschwung kann als Folge der Vernachlässigung der ökosozialen Frage im Rahmen der herrschenden Energiepolitik gedeutet werden.

4. Zusammenfassung und Diskussion

Wir hatten zu Beginn gefragt, wie Gesellschaften auf ökologische Herausforderungen reagieren und diese im Sinne der Nachhaltigkeit lösen können. Mit Bezug auf die These der *Varieties of Capita-*

lism wurde anschließend darauf verwiesen, dass moderne Gesellschaften institutionell komplex verfasst sind und daher auch bei neuen Herausforderungen an diesen Institutionen zunächst festhalten müssen. Davon abgeleitet ergibt sich das Konzept der „Spielarten der Nachhaltigkeit“, das an die Theorie von den Spielarten des Kapitalismus anknüpft. Unsere zentrale These lautet entsprechend: Dieselben Ideen, Institutionen und Akteurskoalitionen, die zu unterschiedlichen Formen von Kapitalismus und Wohlfahrtsstaat führen, sind auch für die Bearbeitung zentraler ökologischer Probleme maßgeblich.

Wir haben im empirischen Teil der Untersuchung die Debatte über die Energiewende in zentralen Teilen verfolgt, soweit sie sich in den Plenarprotokollen des Deutschen Bundestags widerspiegelt. Durch diese Beschränkung erfassen wir nur einen Teil der Vorgänge im Bundestag, denn die wesentlichen – und oft wesentlich zielführenderen – Verhandlungen finden dort in den Ausschüssen statt. Die Vermittlung und Umsetzung der Energiewende – inklusive Umlenkungen, Blockaden und unbeabsichtigten Nebenwirkungen – erfolgt ohnehin jenseits des Bundestages, in Verwaltungen, Verbänden, Betrieben, Haushalten und Medien. Dennoch werden Probleme und Widerstände bei der Umsetzung der Energiewende in den Debatten des Bundestages aufgegriffen und fließen teilweise in Form konstruktiver Verbesserungsvorschläge in die Novellierungen ein. Daher glauben wir, dass sich anhand der Bundestagsdebatten ein einigermaßen zutreffendes Bild der zentralen Absichten und Probleme zeichnen lässt.

Insgesamt zeigt sich in der Untersuchung dieser Debatten, dass Ian Goughs Überlegungen zu den Spielarten der Nachhaltigkeit durchaus richtungsweisend sind. Die Ergebnisse seien hier kondensiert und zugespitzt zusammengefasst, um sie auf dieser Basis dann zu diskutieren:

1. Staatlich stärker koordinierte Gesellschaften reagieren auf Umweltprobleme sensibler als liberalere Gesellschaften.
2. Innerhalb der Spielart des koordinierten Kapitalismus adressieren korporatistisch-konservative Denkmuster und Institutionen die öko-soziale Frage vor allem in Sinne der Interessen gut organisierter Branchenverbände und des Schutzes der Arbeitsplätze von (unterstellt meist männlichen) „Brotverdienern“.
3. In sozialdemokratischer Perspektive müssten dagegen alle Bürger*innen direkt und in gleicher Weise in Verteilungsfragen einbezogen werden. Das ist im Deutschen Bundestag kaum ein Thema gewesen.
4. Alle Parteien im Bundestag haben im Regierungsamt die Energiewende unterstützt, in der Oppositionsrolle Kritik geübt. Parteilinien sind dabei weitgehend unkenntlich geworden.

Ad 1) Es gibt einen breiten Konsens für die Klima- und Energiewende und nach Fukushima auch für den Ausstieg aus der Atomkraft. Das mag von Deutschland aus betrachtet mehr oder weniger selbstverständlich erscheinen, im Ausland wird es jedoch etwas verwundert oder auch bewundernd zur Kenntnis genommen. Ian Goughs Vermutung über die stärkere Klimasensibilität koordinierter Ökonomien scheint zutreffend, aber sie erklärt noch nicht die Vorreiterrolle in internationalen Arenen, die der deutschen Politik von außen und von innen zugeschrieben wird. Denn Deutschland ist nicht die einzige koordinierte Ökonomie. Im Sinne von Transitionsstudien (zum Beispiel Verbong/Geels 2007), die auf verschiedenen Beobachtungsebenen – „Landschaft“, „Regime“ und „Nische“ – ansetzen, müsste man daher detaillierter auf das Zusammenspiel von politischer Landschaft und Energie-Regime eingehen, um die Reaktionen der Industrieländer vergleichend und damit spezifischer einschätzen zu können. Die Perspektive auf „Spielarten“ und Bundestags-

protokolle fokussiert dagegen den Blick allein auf die „Landschaft“, während die Eigenlogiken des Regimes und seiner Nischen allenfalls indirekt zur Sprache kommen. Ländervergleichende Untersuchungen über einen längeren Zeitraum würden wahrscheinlich zu dem Ergebnis kommen, dass auch in anderen koordinierten Ökonomien erhebliche Anstrengungen und Erfolge zu beobachten sind, die mit weniger Ankündigungsrhetorik und außenpolitischem Getöse verbunden sind und deswegen nicht so stark ins Auge fallen. Zudem ist zu bedenken, dass die Umsetzung der Energiewende in Deutschland in den letzten Jahren mit zunehmenden Widerständen zu kämpfen hat und zuletzt, d.h. 2018, in den Koalitionsverhandlungen auch in den Ansprüchen zurückgenommen worden ist.

Was die Bundestagsprotokolle zudem klar zeigen, ist eine relativ starke Beschränkung auf marktnahe Instrumente zur Umsetzung der Energiewende. Insofern könnte man hier eine generelle Neo-Liberalisierung, das heißt Abschwächung des Kontrasts zwischen liberalem und koordiniertem Kapitalismus, verzeichnen. Sogar Gregor Gysi als Frontmann der PDS propagierte „die ökologische Wahrheit der Preise“. Interessant ist dies auch im zeitgeschichtlichen Kontrast zum Ausbau der zivilen Atomenergie, der seinerzeit ganz selbstverständlich mit Steuergeldern erfolgte und von staatsnah organisierten Konzernen getragen wurde – nicht nur in der BRD (Jungk 1977; Radkau 1988), sondern auch in den USA (Basalla 1988), Frankreich (Jasper 2014) und Japan (Schmidt 2013).⁴ Im Unterschied zur Atomtechnik sind bei Investitionen in Energieeffizienz und regenera-

4 Diese Form der Implementierung passt gut ins Zeitalter des Fordismus, aber der Unterschied könnte auch in großen Teilen auf die Technologieform zurückzuführen sein: Die zivile Atomkraft sollte zwar anfänglich dezentral implementiert werden – es gab Visionen, jeden deutschen Heizkeller mit seinem eigenen Atommeiler auszustatten (Radkau 1988). Aufgrund der wachsenden Einsicht in die Sicherheitsprobleme erfolgte der Ausbau jedoch zentralisiert, das heißt in großen Produktionseinheiten.

tive Energien jedoch sehr viele Technologien im Spiel. Die Marktform bietet sich daher durchaus an, weil sie, soweit keine Monopole und allzu starken Lobbyverbände im Spiel sind, ein viel flexibleres Experimentieren mit innovativen Lösungen erlaubt. Zudem waren mit dem Ausbau der Atomkraft keine Energie-Sparziele verbunden und entsprechend wurde auch nie allzu ernsthaft über Preisaufschläge nachgedacht, obwohl ein „Atom-Pfennig“ parallel zum „Kohle-Pfennig“⁵ immer wieder kurz im Gespräch war. Wenn man Energiesparen als sinnvoll erachtet, dann sind Aufschläge auf die Energiepreise theoretisch ein recht wirksames Mittel, weil sie, anders als staatliche Auflagen und Verbote, als Knappheitssignal in die weit verzweigten industriellen Wertschöpfungsketten eindringen können. Energie wird nämlich an zahlreichen Punkten im industriellen Wirtschaftssystem transformiert und kann entsprechend auch an vielen, administrativ kaum erreichbaren Stellen von den Wirtschaftsakteuren eingespart werden.

Ad 2) Dennoch muss überraschen, wie fraglos die marktnahen Instrumente heute im Gegensatz zu früher erscheinen, denn ihre ökosoziale Nebenwirkung als „regressive Besteuerung“ ist grundsätzlich seit langem bekannt. Es verwundert zumindest, dass hier nicht systematischer über Ausgleichsmaßnahmen nachgedacht wird. Systematisch bedacht wurden dagegen von Anfang an die Ausnahmen für diejenigen Industriebetriebe, die als „energieintensiv“ galten. Ursprünglich und der polit-ökonomischen Logik nach sollten hier eigentlich nur Betriebe einbezogen sein, die tatsächlich internationalem Wettbewerb ausgesetzt sind. Presseberichten zufolge waren es dann aber auch sehr viele Unternehmen, wie zum Beispiel öffentliche Verkehrsmittel und Lebensmittelhändler, die – anders als Aluminiumschmelzen

– nicht abwandern können (Süddeutsche Zeitung vom 12.02.2014). Für diese Erweiterung der Ausnahmen mag es im Einzelnen gute Gründe geben, aber da nicht nur in Privathaushalten, sondern auch in Unternehmen viel Energie gespart werden kann, sind diese Ausnahmen aus der Anreizperspektive wenig nachvollziehbar. Insofern ist unsere These im Hinblick auf die Selektivität der Industrieinteressen an diesem Punkt wohl eher abzuschwächen. Aber generell werden die deutschen Exportinteressen, zumal die Interessen am Export von Umwelttechnologien, in den Bundestagsprotokollen beständig angeführt.

Erkennbar wird auch eine starke Fokussierung auf den Schutz von Industriearbeitsplätzen und die Adressierung von Arbeitnehmerhaushalten als Kernklientel des konservativen Wohlfahrtsstaates. Hier bestätigt sich in sehr spezifischer Weise die Erwartung, dass der Wandel nicht disruptiv erfolgt, sondern sich evolutionär vollzieht, das heißt auf herrschende Akteurskoalitionen Rücksicht nimmt und an bestehende Denkmuster und Institutionen anknüpft. Das kann man mit Blick auf ökologische und soziale Ziele als unbefriedigend empfinden, muss aber auch konstatieren, dass „radikale“ Reformen häufig zum Scheitern verurteilt sind, weil die Gesellschaftsschichten, die sie tragen bzw. denen sie zugutekommen sollen, nicht hinreichend mobilisiert werden können. Insofern bestätigt sich Kathleen Thelens (2012) Vorhersage über die Fortdauer der Spielarten auch unter neoliberalen Rahmenbedingungen: Nur die egalitären Momente der Umverteilung von Oben nach Unten würden im konservativen Wohlfahrtsstaat (also auch in Deutschland) zurückgedrängt, seine korporatistischen Elemente blieben jedoch erhalten. Es kam zu einer stärkeren Spaltung der Interessen zwischen gewerkschaftlich schon immer gut organisierten Facharbeiter-Eliten im produzierenden und exportorientierten Gewerbe und den übrigen Beschäftigten (meist im Dienstleistungssektor)

5 Mit diesem Aufschlag auf den Strompreis wurde der Unterhalt des ökonomisch eigentlich unrentablen deutschen Bergbaus subventioniert.

sowie den Transferempfängern (Rentner, kinderreiche Haushalte, Studierende etc.).

Ad 3) Eine sozialdemokratische Adressierung der öko-sozialen Frage würde sich nicht an einzelne Gruppen, sondern direkt an alle Bürger*innen wenden. Das Thema der Verteilungswirkungen bleibt im Bundestag zwar nicht völlig ausgeklammert, denn von der Opposition wird es immer wieder angesprochen. Allerdings bleibt die Kritik meist pauschal, indem ganz allgemein von „den Verbrauchern“ gesprochen wird, ohne spezifische Vulnerabilitäten im Hinblick auf steigende Energiepreise zu erörtern. Entsprechend wird in den öffentlichen Debatten des Bundestages, mit Ausnahme der Partei Die Linke, kaum systematisch über Ausgleichsmaßnahmen diskutiert. Im Hinblick auf Verbraucherbelastungen bleibt man im folgenlosen Schlagabtausch „Regierung pro – Opposition kontra“ stecken. In der Literatur zur ökologischen Besteuerung wird schon länger die Frage nach Ausgleichsmaßnahmen erörtert, um die ökosozialen Verwerfungen abzumildern, die das preisliche Knappheitssignal erzeugen kann (Ekins et al. 2011; Habla/Roeder 2013; Schulte/Heindl 2017; Gill/Möller 2018). Generell müsste man also darüber nachdenken, wie man Energie progressiv – statt wie bisher regressiv – besteuern kann. Die höhere Abschöpfung und entsprechend stärkere Anreizwirkung müsste entsprechend auf die reicheren Haushalte und die finanzkräftigeren Industriebetriebe zielen. Denn nur diese Haushalte und Betriebe sind in der Lage, mit Investitionen, mit neuen Produktionsformen und mit neuen Lebensstilen zu reagieren. Wenn arme Haushalte Energie sparen, führt das lediglich zu Energiearmut, die infolge gesundheitlicher Beeinträchtigungen die Armutslage weiter verfestigen kann (Großmann et al. 2017). Nur wenn reiche Haushalte und Betriebe Energie sparen, hat das Vorbildfunktion und kann einen kulturellen Wandel einleiten.

Ad 4) Die im Bundestag im Betrachtungszeitraum vertretenen Parteien unterstützen – jedenfalls im Prinzip – im Regierungsamt alle die Energiewende. Insofern bestätigt sich die in der Spielartentheorie vertretene Behauptung, dass Politiken sehr stark vom Entwicklungspfad der jeweiligen Länder und weniger von konservativen, liberalen oder linken Parteiprogrammen abhängig sind. Im Regierungsamt vollziehen die jeweils gewählten Parteien diejenigen politischen Reformen, die angesichts der Definitions- und Machtverhältnisse in der Gesellschaft durchsetzbar erscheinen. Dass dieselben Parteien sich in der Oppositionsrolle weniger pragmatisch und eher kritisch verhalten, ist für sich noch nicht problematisch, sondern der Sinn von parlamentarischer Demokratie. Erstens sollen die gegensätzlichen Interessenlagen in der Gesellschaft im Parlament repräsentiert und artikuliert werden, zweitens kann man in deliberativer Auseinandersetzung zu breiter zustimmungsfähigen und/oder zu technisch besseren Lösungen kommen. Hier ist es für die jeweiligen Oppositionsparteien einfacher, ihre eigene „Linie“ zu vertreten, als für die Parteien in der Regierung, die auch Kompromisse vertreten müssen, die relativ weit von der Parteilinie abweichen. Problematisch wird es jedoch dann, wenn die Parteien in der Opposition gar nicht zu einer bestimmten Linie zurückkehren, sondern kritische Stimmungslagen beliebig aufgreifen, ganz gleich aus welcher politischen Richtung sie kommen, und darüber hinaus generell aus wahltaktischen Gründen ihre Position im politischen Raum permanent wechseln. Das ist in der Debatte zur Energiewende teilweise ebenso zu beobachten, wie es allgemein in der politikwissenschaftlichen Literatur für den Betrachtungszeitraum konstatiert wird (Crouch 2016, Decker 2018). Für die Wähler (und die Demokratie) sind politisch unklar konturierte Parteien misslich. Die Wähler gehen dann entweder gar nicht mehr zur Wahl, oder sie wählen Parteien, die noch nicht durch Opportunismus verschliffen sind. Bei der Bundes-

tagswahl im Herbst 2017 wurde mit der AfD eine Partei ins Parlament gewählt, die unter anderem dadurch auffällt, dass sie konsequent gegen die Energiewende Front macht. Das Aufbrechen von Fundamentalopposition ist für die Spielartentheorie eine Herausforderung: Man muss diskutieren, ob die deutsche Gesellschaft sich tatsächlich in ihrer Haltung zur Energiewende gespalten hat, oder ob „lediglich“ ein Repräsentationsdefizit im etablierten Parteiensystem vorliegt. Jedenfalls hat die Verengung der Verteilungsperspektive auf etablierte und wohlorganisierte Interessen unübersehbar zu Frustration in vielen Bevölkerungsteilen geführt.

Insgesamt zeigt sich also, dass die öko-soziale Frage nur sehr verkürzt und eingeschränkt behandelt wird. Ursache wie Symptom ist dabei auch, dass lediglich technische und ökonomische Konzepte zum Zuge kommen und keine umfassendere Transformationsperspektive eingenommen wird. Gerade die soziologische Praxistheorie könnte hier auf die vielfältigen Widerstände und Blockaden aufmerksam machen, die sich Reformen in den Weg stellen, die lediglich auf technische Möglichkeiten und ökonomische Anreize fokussieren und die sozialen Vermittlungen ignorieren, in die alle Praktiken des Energiekonsums eingebettet sind (Shove et al. 2009; Roepke 2009). Entsprechend ist zu bedenken, dass das „Anreizsignal“ in der Realität nicht auf „rational kalkulierende Individuen“ trifft, sondern dass Praxen erstens kollektiven Erwartungen und Mentalitäten unterliegen, dass sie zweitens mit anderen Praxen verzahnt sind, und drittens – ihrerseits wechselseitig verzahnte – technische Installationen erfordern, die nicht nur auf monetären, sondern auch auf kognitiven Investitionen beruhen. Wenn zeitliche und monetäre Investitionen die Voraussetzungen für veränderte Praxen (konkreter: für Energiesparen) sind, dann lässt sich relativ leicht sogar schon im Rahmen der ökonomischen Theorie erklären, warum monetäre Anreize oft nicht wirksam werden: Reiche sind zu reich und

Arme sind zu arm, um Energie zu sparen. Für die Reichen ist Zeitaufwand mit hohen Opportunitätskosten verbunden, und deswegen unterbleiben die kognitiven Investitionen. Den Armen fehlen die liquiden Mittel, um die monetären Investitionen zu tätigen. Allgemein ist zu konstatieren, dass das Geflecht eng verzahnter Praxen insgesamt im Alltag nur schwer zu reorganisieren ist. Entsprechend ist dann auch zu verstehen, dass oft schon so einfache Umstellungen wie der Wechsel zu Stromsparbirnen oder neuen Kühlschränken unterbleiben (Hand et al. 2007), von komplexeren Maßnahmen wie der energetischen Sanierung von Häusern ganz zu schweigen (Stieß et al. 2010). Echte Transformationsdynamik kann hier nur in Schwung kommen, wenn der Wandel zu Neuem nicht als einschränkend, sondern als befreiend und attraktiv erscheint (Görgen/Wendt 2015). Insofern käme es auf soziale und kulturelle Bewegungen an, die sich neue Lebensweisen und Konsumpraxen weniger aus moralischen Erwägungen, sondern vor allem mit Spaß zu Eigen machen.

Zuletzt sei, jenseits der vier empirisch untersuchten Thesen, noch eine grundlegendere Anmerkung zur Spielartentheorie erlaubt: Alle drei Spielarten der Nachhaltigkeit halten zumindest implizit am Ziel des permanenten Wirtschaftswachstums fest. Wenn jedoch permanentes Wirtschaftswachstum und ökologische Nachhaltigkeit längerfristig kaum miteinander vereinbar sind (so auch ganz explizit die These von Gough 2017), wird man in einer Theorie zu den „Spielarten der Nachhaltigkeit“ die Frage nach den historischen oder den definitiven Grenzen des Kapitalismus stellen müssen. Die historischen Grenzen hatte Max Weber (2016: 171) vor Augen, als er in der „Protestantischen Ethik“ ein Fortbestehen des Kapitalismus für wahrscheinlich ansah, „bis der letzte Zentner fossilen Brennstoffs verglüht ist“. Ein ökologischer Kollaps, der das bestehende Institutionengefüge zerreißen könnte, könnte also „eines Tages“ den Ausgangspunkt der Spielartenthe-

orie zerstören. Definitiv wäre jedoch schon jetzt zu erörtern, was man unter „Kapitalismus“ eigentlich verstehen soll. Öko-Marxisten und Postgrowth-Keynesianer haben hier durchaus konträre Ansichten: Während erstere den Kapitalismus so konzipieren, dass er nicht ohne Wachstum auskommen kann (Smith 2011), haben letztere Vorstellungen entwickelt, die Staat, Markt und Nicht-Wachstum als ko-existenzfähig ansehen (Lawn 2011). Eine Theorie zu den Spielarten der Nachhaltigkeit, die sich ihrer Grundlagen versichern will, muss also auch die Natur des Kapitalismus selbst diskutieren. Die weiterführende Frage ist dann: Gibt es Spielarten der Nachhaltigkeit, die ohne Wirtschaftswachstum auskommen? Und wenn ja, sollen sie dann noch „kapitalistisch“ genannt werden?

Literatur

- Abelshausen, W. (2005): Die Wirtschaft des deutschen Kaiserreichs. Ein Treibhaus nachindustrieller Institutionen. In: Finanzmarkt-Kapitalismus Analysen zum Wandel von Produktionsregimen. Sonderheft 45/2005 Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, [Hrsg.] P. Windolf, 172–195. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ackerman, F. (2007): Wrong in retrospect. Cost-benefit analysis of past successes. In: *Frontiers in Ecological Economics Theory and Application*, Hrsg. Erickson J. D. und J. M. Gowdy, 7–35. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Bach, S. (2009): Zehn Jahre ökologische Steuerreform: Finanzpolitisch erfolgreich, klimapolitisch halbherzig. Wochenbericht des DIW Berlin 14: 218–228.
- Basalla, G. (1988): *The evolution of technology*. Cambridge: Cambridge University Press.
- BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (2017): Erneuerbare Energien und das EEG: Zahlen, Fakten, Grafiken (2017). Berlin. https://www.bdew.de/media/documents/Awh_20170710_Erneuerbare-Energien-EEG_2017.pdf (Zugegriffen 28. März 2018).
- BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (2018): BDEW-Strompreisanalyse Mai 2018. Haushalte und Industrie. [am 9. September abgerufen unter https://www.bdew.de/media/documents/1805018_BDEW-Strompreisanalyse-Mai-2018.pdf]
- Beck, U. (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Becker, A. (2006): „Not ist hierarchisch, Smog ist demokratisch“ oder „Umweltbelastungen sind sozial ungleich verteilt“? Eine nähere Beleuchtung der gegenläufigen Positionen von Ulrich Beck und des Environmental Justice-Konzeptes. In: Rehberg, Karl-Siebert (Ed.) ; Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) (Ed.): *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München*. Frankfurt am Main : Campus Verl., 2006. <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/17401>
- Bleses, P./Offe, C./Peter, E. (1997): Öffentliche Rechtfertigungen auf dem parlamentarischen „Wissensmarkt“ – Argumentstypen und Rechtfertigungsstrategien in sozialpolitischen Bundestagsdebatten. *Politische Vierteljahresschrift* 38: 498–529.
- BMWi Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2017) Das Erneuerbare-Energien-Gesetz. https://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Dossier/eeg.html?cms_docId=72462 (Zugegriffen März 27, 2018).
- BMWi Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2018): Gesamtausgabe der Energiedaten [am 9. September 2018 abgerufen unter <https://www.bmwi.de/Redaktion/>

[DE/Binaer/Energiedaten/energiedaten-gesamt.xls.html](#)]

- Boardman, B. (1991): Fuel Poverty: From Cold Homes to Affordable Warmth. London: Earthscan.
- Böhringer, C./Schwager, R. (2002): Die Ökologische Steuerreform in Deutschland: Ein umweltpolitisches Feigenblatt. ZEW Discussion Paper No. 02-14. Mannheim.
- Chai, A./Moneta, A. (2010): Retrospectives: Engel Curves. *Journal of Economic Perspectives* 24: 225–240.
- Crouch, C. (2016). The march towards post-democracy, ten years on. *The Political Quarterly*, 87(1), 71-75.
- Daly, H.E. (1997): Georgescu-Roegen versus Solow/Stiglitz. *Ecological Economics* 22: 261–266.
- Decker, F. (2018). Parteiendemokratie im Wandel. In *Handbuch der deutschen Parteien* (pp. 3-39). Springer VS, Wiesbaden.
- Detzer, D./Hein, E. (2016): Financialisation and the crises in the exportled mercantilist German economy. In *Financialisation and the financial and economic crises: country studies*, [Hrsg.] E. Hein, D. Detzer, und N. Dodig, 163–190. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Diekmann, A., & Meyer, R. (2010). Demokratischer Smog? Eine empirische Untersuchung zum Zusammenhang zwischen Sozialschicht und Umweltbelastungen. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 62(3), 437-457.
- Dryzek, J. S./Hunold, C./Schlosberg, D./Downes, C./Hernes, H. K. (2002): Environmental transformation of the state: the USA, Norway, Germany and the UK. *Political Studies* 50: 659–682.
- Ekins, P./Pollitt, H./Barton, J./Blobel, D. (2011): The implications for households of environmental tax reform (ETR) in Europe. *Ecological Economics* 70: 2472–2485.
- Esping-Andersen, G. (1990): *The three worlds of welfare capitalism*. Princeton: Princeton University Press.
- Fürsch, M./Malischek, R./Lindenberger, D. (2012): Der Merit-Order-Effekt der erneuerbaren Energien - Analyse der kurzen und langen Frist. *EWI Working Paper No. 12-14*.
- Gendron, C. (2014): Beyond environmental and ecological economics: Proposal for an economic sociology of the environment. *Ecological Economics* 105: 240–253.
- Gill, B./Möller, S. (2018): GHG Emissions and the Rural-Urban Divide. A Carbon Footprint Analysis Based on the German Official Income and Expenditure Survey. *Ecological Economics* 70: 2472–2485.
- Görge, B./Wendt, B. (2015): Nachhaltigkeit als Fortschritt denken. *Grundrisse einer soziologisch fundierten Nachhaltigkeitsforschung*. *Soziologie und Nachhaltigkeit* 1: 1–21.
- Gough, I. (2017): Heat, greed and human need: climate change, capitalism and sustainable wellbeing. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Gough, I./Meadowcroft, J./Dryzek, J./Gerhards, J./Lengfeld, H./Markandya, A. (2008): JESP symposium: Climate change and social policy. *Journal of European Social Policy* 18: 325–344.
- Großmann, K./Schaffrin, A./Smigiel, C. [Hrsg.] (2017): *Energie und soziale Ungleichheit. Zur gesellschaftlichen Dimension der Energiewende in Deutschland und Europa*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Habla, W./Roeder, K. (2013): Intergenerational aspects of ecotax reforms – An application to Germany. *Journal of Environmental Economics and Management* 66: 301–318.
- Hahn, R.W./Stavins, R.N. (1992): Economic incentives for environmental protection:

- integrating theory and practice. *The American Economic Review* 82: 464–468.
- Hajer, M. A. (1995): *The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process*. Oxford: Clarendon Press.
- Hall, P.A./Soskice, D.W. (2001): *Varieties of capitalism: The institutional foundations of comparative advantage*. Oxford: Oxford University Press.
- Hand, M., Shove, E., & Southerton, D. (2007). Home extensions in the United Kingdom: space, time, and practice. *Environment and Planning D: Society and Space*, 25(4), 668–681.
- Heindl, P./Löschel, A. (2015): Social implications of green growth policies from the perspective of energy sector reform and its impact on households. *ZEW Discussion Papers No. 15-012*, Mannheim.
- Hilferding, R. (1985): *Finance Capital. A Study of the Latest Phase of Capitalist Development*. [Hrsg.] T. Bottomore. London: Routledge.
- Inglehart, R. 1995. Public support for environmental protection: Objective problems and subjective values in 43 societies. *Political Science & Politics* 28: 57–72.
- Jaffe, A. B./Newell, R. G./Stavins, R. N. (2002): Environmental policy and technological change. *Environmental and resource economics* 22: 41–70.
- Jaffe, A. B./Newell, R. G./Stavins, R. N. (2005): A tale of two market failures: Technology and environmental policy. *Ecological Economics* 54: 164–174.
- Jasper, J.M. (2014): *Nuclear politics: Energy and the state in the United States, Sweden, and France*. Princeton: Princeton University Press.
- Jungk, R. (1977): *Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit*. München: Kindler.
- Knigge, M./Görlach, B. (2005): *Die Ökologische Steuerreform – Auswirkungen auf Umwelt, Beschäftigung und Innovation. Zusammenfassung des Endberichts für das Vorhaben: „Quantifizierung der Effekte der Ökologischen Steuerreform auf Umwelt, Beschäftigung und Innovation“ Forschungsprojekt im Auftrag des Umweltbundesamts Berlin*. <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/short/k2810.pdf> (Zugegriffen am 27. März 2018).
- Koch, M./Fritz, M. (2014): Building the eco-social state: do welfare regimes matter? *Journal of Social Policy* 43: 679–703.
- Krämer, K. (2007): Umwelt und soziale Ungleichheit. *Leviathan* 35: 348–372.
- Krämer, K. (2008): *Die soziale Konstitution von Umwelt*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lawn, P. (2011). Is steady-state capitalism viable? A review of the issues and an answer in the affirmative. *Annals of the New York Academy of Sciences*, 1219(1), pp. 1–25.
- Lessenich, S. (2016): *Neben uns die Sintflut: die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. Berlin: Hanser Berlin.
- Lutz, B. (1989): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität: Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt: Campus Verlag.
- Marmor, T./Oberlander, J. (2011): The patchwork: health reform, American style. *Social Science & Medicine* 72: 125–128.
- Massarrat, M. (2000): *Das Dilemma der ökologischen Steuerreform*. Marburg: Metropolis-Verlag.
- Mayring, P. (2000): Qualitative Inhaltsanalyse. *Forum: Qualitative Sozialforschung* 1. <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1089/2383> (Zugegriffen am 27. März 2018).

- Mayring, P. (2015): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Beltz Verlag.
- Meadows, D.L./Meadows, D.H./Zahn, E./Milling, P. (1972): *Die Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: Deutsche-Verlags-Anstalt.
- Mol, A. (2010): Chapter 24: Environmental reform in modernizing China. In: *The international handbook of environmental sociology*, [Hrsg.] M.R. Redclift und G. Woodgate, 378–393. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Neuhoff, V. K./Bach, S./Diekmann, J./Beznoska, M./El-Laboudy, T. (2013): Steigende EEG-Umlage: Unerwünschte Verteilungseffekte können vermindert werden. *DIW Wochenbericht* 3–13.
- Olson, M. (1965): *The Logic of Collective Action. Public Goods and the Theory of Groups*. Cambridge: Harvard University Press.
- Opielka, M. (2017): *Soziologie Sozialer Nachhaltigkeit – Zur Idee der Internalisierungsgesellschaft*. *Culture, Practice & Europeanization* 2: 4–19.
- Ostrom, E. (1990): *Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Parsons, T. (1964): Evolutionary Universals in Society. *American Sociological Review* 29: 339–357.
- Polanyi, K. (1944): *The great transformation*. Boston: Beacon Press.
- Prittitz, V. (1990): *Das Katastrophenparadox: Elemente einer Theorie der Umweltpolitik*. Opladen: Leske und Budrich.
- Radkau, J. (1988): *Hiroshima und Asilomar. Die Inszenierung des Diskurses über die Gentechnik vor dem Hintergrund der Kernenergie-Kontroverse*. *Geschichte und Gesellschaft* Bd. 14: 329–363.
- Roepke, I. (2009). Theories of practice - New inspiration for ecological economic studies on consumption. *Ecological Economics*, 68(10), 2490-2497.
- Sapinski, J.P. (2015): Climate capitalism and the global corporate elite network. *Environmental Sociology* 1: 268–279.
- Sarcinelli, U. (2009): *Politische Kommunikation in Deutschland*. Wiesbaden.
- Schaffrin, A. (2012): *Living Green but Poor? Investigating Inequality in Household Energy Costs among Income Groups*. GK SOCLIFE Working Papers Series 11, Köln.
- Schaper, K. (2001): *Makroökonomie: ein Lehrbuch für Sozialwissenschaftler*. Frankfurt: Campus Verlag.
- Schmidt, C. (2013): Japan nach Fukushima: Eine 'Restrisikogesellschaft' im Aufbruch? *Leviathan* 41: 6–38.
- Schröder, M. (2009): Integrating Welfare and Production Typologies: How Refinements of the Varieties of Capitalism Approach call for a Combination of Welfare Typologies. *Journal of Social Policy* 38: 125–128.
- Schubert, J./B. Gill. (2012): *Climate Change: The Co-Evolution of Coping Technologies and Cultural Biases – A Culturally Informed Varieties of Capitalism Approach*. In: *Transnationale Vergesellschaftungen. Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt am Main 2010*, [Hrsg.] H. Soeffner. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft.
- Schulte, I./Heindl, P. (2017): Price and Income Elasticities of Residential Energy Demand in Germany. *Energy Policy* 102: 512–528.
- Schumpeter, J.A. (1942): *Socialism, capitalism and democracy*. New York: Harper and Brothers.
- Shove, E., Trentmann, F., & Wilk, R. (Eds.). (2009). *Time, consumption and everyday*

- life: practice, materiality and culture. Berg Publ.
- Sinn, H.W. (2008): Das grüne Paradoxon: Plädoyer für eine illusionsfreie Klimapolitik. Berlin: Econ Verlag.
- Smith, Richard, 2011: Green capitalism - the god that failed, in: Real-world economics review, issue 56, pp. 112-144.
- Spaargaren, G. (1997): The ecological modernization of production and consumption: Essays in environmental sociology. Thesis Landbouw Universiteit Wageningen.
- Stieß, I., van der Land, V., Birzle-Harder, B., & Deffner, J. (2010). Handlungsmotive, -hemmnisse und Zielgruppen für eine energetische Gebäudesanierung. Ergebnisse einer standardisierten Befragung von Eigenheimsanierern. Frankfurt am Main.
- Süddeutsche Zeitung (2014): Diese Firmen profitieren vom Ökostrom-Rabatt. Süddeutsche Zeitung, Februar 12 <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/eeg-umlage-diese-firmen-profitieren-vom-oe-kostrom-rabatt-1.1886240>.
- Thelen, K. (2004): How institutions evolve: The political economy of skills in Germany, Britain, the United States, and Japan. Cambridge: Cambridge University Press.
- Thelen, K. (2012): Varieties of capitalism: Trajectories of liberalization and the new politics of social solidarity. Annual Review of Political Science 15: 137–159.
- Verbong, G., & Geels, F. (2007). The ongoing energy transition: lessons from a socio-technical, multi-level analysis of the Dutch electricity system (1960–2004). Energy policy, 35(2), 1025-1037.
- Vowe, G./Dohle, M. (2009): Weltsicht und Medienbild des Parlaments im Wandel. Eine Inhaltsanalyse von Bundestagsdebatten aus 50 Jahren. In: Politik in der Mediendemokratie, [Hrsg.] F. Marcinkowski und B. Pfetsch, 224–250. Wiesbaden.
- Weber, M. (2016): Die protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus Neuausgabe der ersten Fassung von 1904-05 mit einem Verzeichnis der wichtigsten Zusätze und Veränderungen aus der zweiten Fassung von 1920. Herausgegeben und eingeleitet von Klaus Lichtblau und Johannes Weiß, Wiesbaden: Springer.
- World Commission on Environment and Development (1987): Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future. <http://www.un-documents.net/wced-ocf> (Zugegriffen März 27, 2018).